

10. Dezember 2015

Medienmitteilung

FMedG: Embryoselektion kommt vors Volk

Heute Donnerstag reichte biorespect zusammen mit befreundeten Organisationen die gesammelten Unterschriften gegen das revidierte Fortpflanzungsmedizingesetz (FmedG) ein. Nun werden die Stimmberechtigten vermutlich im Juni 2016 über das Inkrafttreten des FMedG entscheiden. biorespect lehnt die Selektion im Reagenzglas grundsätzlich ab und wird sich nach Kräften im Abstimmungskampf engagieren.

Am 1. September ergriff biorespect (vormals Basler Appell gegen Gentechnologie) gemeinsam mit befreundeten Organisationen sowie weiteren Komitees das Referendum gegen das revidierte Fortpflanzungsmedizingesetz (FmedG). Heute Donnerstag, 10. Dezember, reichte nun biorespect gemeinsam mit dem Komitee «Vielfalt-statt-Selektion» die gesammelten Unterschriften ein.

Dem Gesetz, das die ethisch äusserst umstrittene Präimplantationsdiagnostik unter sehr grosszügigen Bedingungen erlaubt, wird damit fürs Erste Einhalt geboten. Die StimmbürgerInnen werden voraussichtlich am 4. Juni 2016 den endgültigen Entscheid darüber fällen, in welcher Weise die PID in der Schweiz geregelt sein soll. Vergangenen Juni war die Änderung des Verfassungsartikels, der den Weg für die genetische Embryoselektion bereitet, von den Stimmberechtigten angenommen worden. Ihnen war dabei allerdings vermutlich nicht klar, dass ein Ja zur Verfassungsänderung an der Urne zugleich das Inkrafttreten eines der liberalsten europäischen Fortpflanzungsmedizingesetze nach sich ziehen würde. Dessen Inkrafttreten wurde heute durch das Zustandekommen des Referendums in letzter Minute verhindert.

biorespect steht der Präimplantationsdiagnostik grundsätzlich ablehnend gegenüber, denn es handelt sich um ein selektives Verfahren: Embryonen werden nach bestimmten Kriterien für die Einpflanzung ausgewählt. Die PID kann auch zur Entsolidarisierung in Bezug auf Menschen mit Behinderungen oder Erbkrankheiten führen. Und die Einführung der umstrittenen Technologie vermittelt den Eindruck, bestimmte Krankheiten und Behinderungen seien vermeidbar.

Der Verein biorespect ruft dazu auf, am Prinzip einer solidarischen Gesellschaft, in der auch behinderte und kranke Menschen ihren Platz haben, festzuhalten und das fragwürdige Gesetz in der Volksabstimmung abzulehnen. biorespect wird sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es endlich zur dringend notwendigen öffentlichen Debatte über die Auswirkungen der technisierten Fortpflanzung kommt. Wichtige ethische Werte dürfen nicht dem Machbarkeitswahn zum Opfer fallen.

Für Rückfragen: biorespect (vormals Basler Appell gegen Gentechnologie) Pascale Steck/Gabriele Pichlhofer, T 061 692 01 01, info@biorespect.ch